

Mutige Lösungen für heute und morgen

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2013 war die LSAP u.a. mit dem Vorsatz angetreten, den Sozialstaat langfristig abzusichern, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das bewährte Indexsystem aufrechtzuerhalten, den Rechtsstaat zu modernisieren, für eine klare Trennung von Kirchen und Staat einzutreten, die Bürger verstärkt an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen und konsequent in die Zukunft des Landes zu investieren.

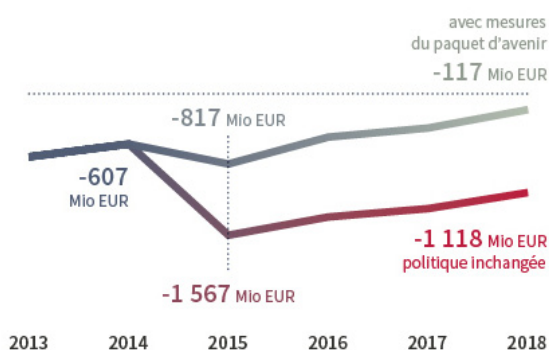
Luxemburg steht in der Tat vor großen Herausforderungen und muss den Wegfall der Mehrwertsteuereinnahmen aus dem elektronischen Handel kompensieren. Ab 2015 gehen dem Staatshaushalt, der ohnehin ein erhebliches Defizit aufweist, jährlich Einnahmen von rund 700 Millionen Euro verloren. Ab 2019 beträgt dieser Verlust mehr als eine Milliarde Euro.

Mit mutigen Lösungen für heute und morgen unterstreicht die LSAP, dass sie Politik im Sinne der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts gestaltet und Verantwortung übernimmt. Unter dem Impuls der Sozialisten wurden auf Regierungsebene und im Parlament wichtige Weichen gestellt und zukunftsweisende Entscheidungen getroffen.

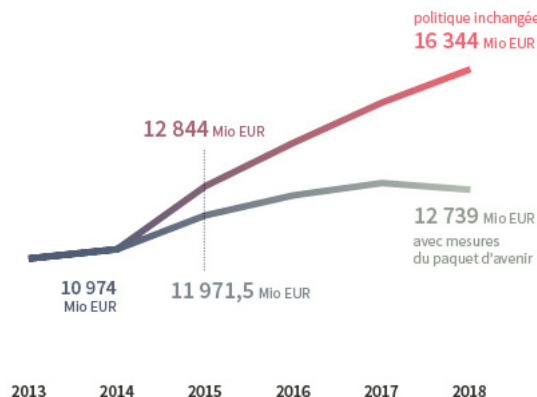
Spielraum für Zukunftsinvestitionen schaffen

Das Reform- und Konsolidierungspaket der Regierung zielt darauf ab, die öffentlichen Finanzen bis 2018 schrittweise in Ordnung zu bringen und somit den budgetären Spielraum für neue Investitionen und Zukunftspolitiken zu schaffen.

Entwicklung des Staatsdefizits (2013 - 2018)

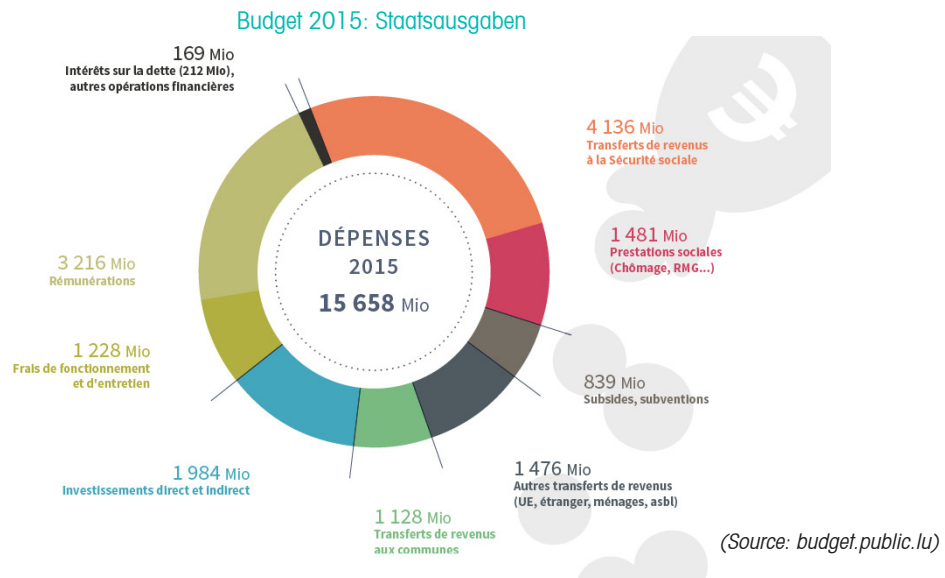


Entwicklung der Staatsverschuldung (2013 - 2018)



(Source: budget.public.lu)

Durch das Maßnahmenpaket der Regierung zur Haushaltskonsolidierung wird das Defizit des Zentralstaates bis 2018 deutlich reduziert. Von Austeritätspolitik kann dabei keine Rede sein, da die Staatsausgaben in diesem Zeitraum pro Jahr um durchschnittlich 4 Prozent steigen werden und die Sozialpolitik mit 36 Prozent der Gesamtausgaben zu Buche schlägt.



Grundlegende Reformen umsetzen

Darüber hinaus hat die Regierung die Reform der Haushaltsstruktur und -prozedur in die Wege geleitet. Langfristiges Ziel ist die Aufstellung eines ergebnisorientierten Staatshaushalts. Neben der notwendigen Budgetreform plant die rot-blau-grüne Koalition eine grundlegende Steuerreform, die für mehr Steuergerechtigkeit sorgen wird.

Die Dreierkoalition von Sozialisten, Liberalen und Grünen, die seit gut einem Jahr die Geschicke des Landes leitet, macht mit ihrem Vorhaben Ernst, Luxemburg zu modernisieren. Nachfolgend die bislang wichtigsten Maßnahmen im Überblick:

Notwendige Sanierung der öffentlichen Finanzen

- Maßnahmenpaket für den mittelfristigen Ausgleich des Staatsdefizits (2018 soll der Fehlbetrag im Haushalt des Zentralstaats bei ca. 100 Millionen Euro liegen);
- Abbremsen der Staatsverschuldung: ohne Kurskorrektur würde die Staatsverschuldung von 12,8 Milliarden Euro (2015) auf 16,3 Milliarden Euro (2018) ansteigen;

Mehreinnahmen zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen

- Beschluss, angesichts einer unausweichlichen Mehrwertsteuererhöhung am super-reduzierten TVA-Satz von 3 Prozent für Güter des täglichen Bedarfs und den Bau bzw. die Sanierung des Eigenheims festzuhalten;
- vorübergehende Erhebung einer 0,5-prozentigen Ausgleichssteuer zur Finanzierung der Kinderbetreuung, wobei ein Freibetrag in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns zur Anwendung kommt;



Investitionen in die Zukunft des Landes

- kontinuierliche Steigerung des öffentlichen Investitionsvolumens von 1,7 Milliarden Euro (2014) auf 2,5 Milliarden Euro (2018): ein Zuwachs von durchschnittlich 10 Prozent pro Jahr;
- Einrichtung eines Staatsfonds für Ausgaben und Investitionen von denen künftige Generationen profitieren werden;
- Verabschiedung des Gesetzes über den Bau der hauptstädtischen Tram;

Zusätzliche Mittel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit

- Beschäftigungsprogramm zugunsten von jungen und älteren Arbeitnehmern, die einen Arbeitsplatz suchen: innerhalb von drei Jahren sollen zusätzlich 5.000 Arbeitsuchende, die bei der ADEM gemeldet sind, durch diese Initiative einen Job bekommen;
- mehr Ressourcen für die Umsetzung der ADEM-Reform;
- mehr Effizienz in der Arbeitsmarktpolitik durch eine bessere Betreuung der Arbeitsuchenden und die Ausweitung des Ausbildungs- und Qualifikationsangebots;

Klares Bekenntnis zur sozialen Absicherung

- Verpflichtung, Leistungskürzungen und Beitragserhöhungen im Bereich der Sozialversicherung zu vermeiden;
- Reform der Pflegeversicherung im Hinblick auf die bestmögliche Versorgung der Pflegebedürftigen;
- grundlegende Reform des Rettungswesens im Hinblick auf eine effiziente, flächendeckende Notfallversorgung;

Maßnahmen zum Erhalt der Kaufkraft

- Rückkehr zum bewährten automatischen Indexmechanismus zum Ausgleich des erlittenen Kaufkraftverlusts und zur Sicherung des sozialen Friedens;
- Anpassung des sozialen Mindestlohns an die wirtschaftliche Entwicklung;

Neuausrichtung der Familienpolitik

- mehr Gerechtigkeit in der Familienpolitik durch eine Neuregelung des Kindergeldes;
- Verbesserung der Elternurlaubsbestimmungen und Ausweitung der Kinderbetreuung;

Wesentliche Fortschritte in der Gesellschaftspolitik

- Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe;
- Depenalisierung des Schwangerschaftsabbruchs durch eine eindeutige Fristenlösung ohne Beratungszwang;



“Die Dreierkoalition ist 2013 mit dem Anspruch angetreten, das Land zu reformieren.”

Vize-Premier Etienne Schneider zum Neujahrsempfang der LSAP im Casino Syndical

Modernisierung des Rechtsstaats und Stärkung der Bürgerbeteiligung

- globale Verfassungsreform zur Modernisierung unseres Rechtsstaats, wobei Bürgerinnen und Bürger per Referendum über wichtige Fragen mitentscheiden sollen;
- Reform des Petitionsrechts: Einführung der Online-Petition;
- Trennung von Kirchen und Staat und Abschaffung des Religionsunterrichts zugunsten eines einheitlichen Werteunterrichts in allen Grund- und Sekundarschulen, Reform des Nationalfeiertags;
- Deontologiekodex für Regierungsmitglieder und Abgeordnete;
- Reform des öffentlichen Dienstes, Vereinfachung der Prozeduren im Rahmen der Verwaltungsreform;
- Geheimdienst-, Polizei- und Armee reform.